

FWG kritisiert Beschlüsse zum Tunnel

"Bedauerliche Kirchturmpolitik"

bie. BAD HOMBURG. Angesichts der von der Stadt errechneten Kosten von 105 Millionen Euro brutto für die von Bad Homburg gewünschte lange Tunnellösung für die PPR-Kreuzung haben die Freien Wähler den dortigen Gremien eine "bedauerliche Kirchturmpolitik" vorgeworfen. Seit Jahren seien die Forderungen und Kostenschätzungen immer höher geschraubt und durch eigene Bauvorhaben vollendete Tatsachen geschaffen worden, so der Verkehrsexperte der FWG Hochtaunus, Robert Hohmann.

Die von der Bürgerliste Bad Homburg (BLB) vorgeschlagene "Null-Euro-Lösung", den Verkehr durchs Köpperner Tal zu lenken, habe keinerlei technische Grundlage. Die Verkehrsströme würden sich nicht wesentlich ändern, und schon heute sei das Köpperner Tal stark belastet.

Die FWG bezeichnet es als unverständlich, dass so viele Jahre ergebnislos verstrichen seien. Die Industrie- und Handelskammer habe zu Recht darauf hingewiesen, dass nicht optimal angebundene Kommunen langfristig abgehängt würden. Das gelte aber nicht nur für die Gemeinden im Usinger Land, sondern auch für Bad Homburg. Die politischen Gremien in Bad Homburg hätten den Preis für die Verkehrsentslastung der Kreuzung in unerreichbare Höhen geschraubt.

Weder die Stadt Bad Homburg noch die Zuschussgeber könnten eine Summe von 105 Millionen Euro tragen. Die Beschlüsse seien daher das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben seien. Zugleich sprach Hohmann von einem Schlag ins Gesicht für die vielen Pendler aus dem Usinger Land, aber auch ein "Signal für alle, die bisher bevorzugt in Bad Homburg eingekauft haben". Die FWG schlägt mangels Aussicht auf einen echten Ausbau vor, die Kreuzung durch eine wechselnde Freigabe der Fahrspuren je nach Verkehrsaufkommen im morgendlichen und abendlichen Berufsverkehr zu entlasten.

Text: F.A.Z., 08.02.2011, Nr. 32 / Seite 43

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH - 2011
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net